

**Vortrag des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft,
Herrn Prof. Dr. Martin Stratmann,
anlässlich der Veranstaltung der VolkswagenStiftung
gemeinsam mit dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V.
„25 Jahre Wissenschaft und Wiedervereinigung,
Erfahrungen – Erfolge – Erwartungen“
auf Schloss Herrenhausen, Hannover,
am 06. und 07. Juli 2015**

25 Jahre Wiedervereinigung:

**Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen
Kontinuität und Neuanfang:**

Max-Planck-Gesellschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

Anfang der 90er Jahre hatte ich als junger Mitarbeitervertreter die Gelegenheit, das Ringen um die geeignete Gestaltung der wissenschaftlichen Wiedervereinigung im Senat der Max-Planck-Gesellschaft persönlich zu erleben. Für mich waren diese Ereignisse ein eindrückliches Beispiel für die Wechselwirkungen zwischen Politik und Wissenschaft innerhalb der deutschen Forschungslandschaft, und das insbesondere mit Blick auf die Max-Planck-Gesellschaft: einer vergleichsweise autonomen Wissenschaftsorganisation, selbstbestimmt und selbstbewusst, sowohl in ihrer Themenfindung als auch in der Art und Weise, ihre Forschung zu organisieren im Sinne einer der Grundlagenforschung verpflichteten Wissenschaft.

Es gab enorme Erwartungen der Politik, möglichst rasch „blühende Landschaften“ herbeizuführen. Dies galt auch für die

Wissenschaftslandschaft in Ostdeutschland. Nicht nur an die Max-Planck-Gesellschaft wurde damals aus der Politik die Erwartungen herangetragen, möglichst rasch zu agieren, sei es durch Eingliederung bestehender Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften oder sei es durch Aufbau neuer Max-Planck-Institute im Osten.

An der Spitze der Max-Planck-Gesellschaft stand zu diesem Zeitpunkt ein neuer Präsident: Hans Zacher war der erste Präsident unserer Gesellschaft, der kein Natur- sondern Rechtswissenschaftler war. Damit brachte er in dieser Zeit des Umbruchs einen besonders klaren Blick für die Rahmenbedingungen des Staatswesens und auch der Wissenschaft mit. Er versäumte nie - und das hat mich sehr beeindruckt -, klar für die Wissenschaft Stellung zu beziehen, ihre Freiheit einzufordern, ihren lebenswichtigen Nutzen hervorzuheben und ihre Verantwortung im Handeln anzumahnen.

Politische Zielsetzung waren blühende Forschungslandschaften – und das so schnell wie möglich! Doch wie sollte das gelingen? Übernahme von Bestehendem (schnell und schmerzlos) oder Schaffung von Neuem (kostet Zeit und ist mit Mühe verbunden).

Es wurde rasch klar: Es musste einerseits kurzfristig agiert werden, um die Sicherung der wissenschaftlichen Kompetenz angesichts des dramatischen Umbruchs des Systems im Osten Deutschlands zu wahren, und es galt langfristig, Rahmenbedingungen und Strukturen zu schaffen, die für den Erfolg der Grundlagenforschung im vereinten Deutschland im scharfen weltweiten Wettbewerb unabdingbar sind. Die Max-Planck-Gesellschaft entschied sich angesichts dieser diffizilen Ausgangssituation für ein schrittweises Vorgehen:

- Unmittelbar nach dem Mauerfall intensivierte sie den Austausch und die Kontakte zwischen den Wissenschaftlern in Ost und West.

- Erstes Ziel war zunächst, die Grundlagenforschung im Osten Deutschlands wieder stärker an den Universitäten zu verorten. Sie war zuvor zu großen Teilen aus den Universitäten in die Akademie der Wissenschaften der DDR verlagert worden.
- Für die Max-Planck-Gesellschaft war das Erstarren einer universitären Forschungslandschaft unverzichtbar: Grundlagenforschung, wie sie in den Instituten der Max-Planck-Gesellschaft betrieben wird, ist nur möglich im Umfeld und Austausch mit einer lebendigen und starken universitären Landschaft. Ohne ein solches Umfeld hätten Max-Planck-Institute im Osten auf Dauer schwerlich gedeihen können. Als Sofortprogramm wurden deshalb Ende 1990 27 Arbeitsgruppen an ostdeutschen Universitäten ins Leben gerufen. Dazu wurden zwei befristete Außenstellen im Westen beheimateter Max-Planck-Institute im Osten etabliert.

Die fünf Jahre laufenden Arbeitsgruppen wurden zum größten Teil anschließend in die Universitäten integriert und gaben diesen auf innovativen Forschungsgebieten strukturelle Entwicklungsimpulse. Ende 1998 wurde die letzte Arbeitsgruppe „Molekulare und zelluläre Biophysik“ in die Verantwortung der Universität Jena übergeben.

- Eine besondere Herausforderung stellte die Neubelebung der Grundlagenforschung im Bereich der Geisteswissenschaften dar. In Umsetzung entsprechender Empfehlungen des Wissenschaftsrats etablierte die Max-Planck-Gesellschaft deshalb in den Geisteswissenschaften sieben Forschungsschwerpunkte in Ostdeutschland. Aus einem dieser Schwerpunkte ging das Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte hervor.

Das waren die kurzfristigen Maßnahmen. Im Falle der Institutsneugründungen galt es, grundsätzliche Entscheidungen zu fällen.

- In der Politik wurde vielfach eine rasche Überführung der Forschungseinrichtungen der Akademie der Wissenschaften in die bestehende Struktur der außeruniversitären Forschung im Westen

gewünscht. Damit hätte allerdings dem Kern der Grundsätze der Max-Planck-Gesellschaft nicht entsprochen werden können.

- Es ging vielmehr der Max-Planck-Gesellschaft darum, auch für die zukünftigen Institute im Osten nur die weltweit fähigsten Köpfe zu berufen – und dies auf innovativen wissenschaftlichen Gebieten. Das kostete Zeit und eine enorme Kraft bei allen Sektionen, galt es doch, international zu berufen und zwar in Städte, deren wissenschaftliche Zukunft alles andere als offensichtlich war.

Diesen Grundsätzen folgend wurde im Jahr 1991 damit begonnen, 18 Max-Planck-Institute im Osten aufzubauen, basierend auf dem Anforderungsprofil für international anerkannte Spitzenforschung. Mit dem Senatsbeschluss von 1998 zur Gründung des Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschung in Halle wurde dieser Prozess nach sieben Jahren engagierten Wirkens abgeschlossen. Heute ist die Max-Planck-Gesellschaft in den ostdeutschen Bundesländern annähernd proportional mit dem gleichen Potenzial an Forschungseinrichtungen vertreten wie im Rest Deutschlands.

All unsere Institute – West wie Ost – genießen in der Wissenschaft weltweite Reputation – die Ernte einer Strategie, die die Bedingungen für langfristigen Erfolg nicht aus den Augen verlor. In diesem Sinne wird auch im Rückblick deutlich: „Sorgfalt VOR Schnelligkeit“ und „Wandel VOR Kontinuität“ sind und waren Maximen im Handeln der Max-Planck-Gesellschaft, die übrigens auch bei der Neuausrichtung von bestehenden MPI im Falle von anstehenden Emeritierungen herrscht, ebenso wie bei Überlegungen gänzlich neue MPI zu etablieren.

Die Wirkungen dieser Vorgehensweise zeigten sich übrigens in Ost *und* West: Die Neugestaltung im Osten ermöglichte Innovationen besonderer Qualität, wie die folgenden Beispiele belegen mögen:

- Am MPI für Zellbiologie und Genetik in Dresden entstand ein Institut, das auch in seiner Forschungsorganisation neue Wege einschlug: Die Forschung ist dort nicht in herkömmliche Abteilungsstrukturen gegliedert, sondern verwirklicht flachere Hierarchien durch die Interaktion von Arbeitsgruppen.
- Mit dem MPI für evolutionäre Anthropologie in Leipzig gelang die Zusammenführung von Forschungsgebieten aus den Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften unter einem Dach, um neues Wissen zu Geschichte, Vielfalt und Fähigkeiten des Menschen hervorzu- bringen.
- Mit dem MPI für Demographische Forschung in Rostock wurde ein Institut in ungewöhnlich enger Kooperation mit der Universität aufgebaut. Das wissenschaftliche Profil des Standortes Rostock in der Demografieforschung strahlt mittlerweile bis ins Baltikum.
- Mit dem MPI für Dynamik komplexer technischer Systeme wurde in Magdeburg das bislang einzige MPI etabliert, das seinen Schwerpunkt im Ingenieurbereich hat. Es zeichnet sich dementsprechend durch eine besonders enge Verknüpfung zu Fraunhofer und zur Universität aus.

Auf diese Weise konnte es im Zuge der Wiedervereinigung zu Innovationen in der deutschen Grundlagenforschung kommen, die sich deutlich von den Strukturen und Organisationsmustern im Westen des Landes abheben und die unter den damaligen finanziellen Gegebenheiten im Westen nicht hätten entstehen können.

Dazu ein Gedankenspiel: Was wäre gewesen, wenn es die Wiedervereinigung nicht gegeben hätte? Viele Wissenschaftsgebiete wären brach liege geblieben. Offensichtlich ist: Die Wissenschaft hat enorme Wachstumspotenziale, die noch lange nicht ausgeschöpft sind. Das müssen wir auch heute immer wieder bedenken.

Die konzentrierten Aktivitäten im Osten Deutschlands hatten auch markante Auswirkungen auf die Grundlagenforschung an den bestehenden Max-Planck-Instituten im Westen, nicht zuletzt bedingt durch den auch finanziellen Kraftakt: Die Aktivitäten im Osten Deutschlands gingen einher mit dem Zwang zu Einschnitten und Einsparungen in der alten Bundesrepublik. Zu den real relativ bescheidenen Aufwüchsen kam das "Föderale Konsolidierungsprogramm" von Bund und Ländern hinzu: Es verpflichtete die Max-Planck-Gesellschaft, innerhalb weniger Jahre etwa elf Prozent ihrer Planstellen, insgesamt 740, einzusparen. Die Anstrengungen zugunsten des Aufbaus im Osten hatten daher auch in der internen Struktur der Max-Planck-Gesellschaft auch im Westen ihren Preis: Auf Beschluss des Senates im Jahr 1997 wurden vier Institute vollständig und eines teilweise geschlossen, um im Gegenzug die Institute in den neuen Bundesländern gründen zu können.

Das Prinzip, bei der Emeritierung eines Direktors die Ausrichtung eines jeden Institutes auf den Prüfstand zu stellen, bewährte sich auch unter diesen einschränkenden Bedingungen. So ist auch im Bereich der „alten“ Bundesrepublik der Erneuerungsschub innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft evident: Bis 1996 wurden in einem Drittel der Institute im Westen neue Forschungsgebiete ins Leben gerufen.

Erweitern wir nun das Blickfeld über die unmittelbare Gründungs- und Neustrukturierungsphase hinaus, so treten die strukturellen Auswirkungen für das Gesamtsystem von Wissenschaft und Forschung in Deutschland in den Fokus:

- Der Neubeginn im Osten war durch eine Evaluation der ostdeutschen Forschung durch den Wissenschaftsrat gekennzeichnet, die bereits 1990 begann. In der Folge entstand daraus die Evaluation weiterer Teile des deutschen Wissenschaftssystems. Dies begann mit Systembegutachtungen

der Einrichtungen der „Blauen Liste“, heute Leibniz- sowie der Helmholtz-Gemeinschaft und 1998 der Fraunhofer Gesellschaft. Schließlich wurde auch die Grundlagenforschung und –förderung in der gemeinsamen Systemevaluation von Max-Planck-Gesellschaft und Deutscher Forschungsgemeinschaft begutachtet. In diesem Sinne wirkten die Maßnahmen, die im Osten ihren Anfang genommen hatten, quasi katalytisch im Westen fort.

- Ein weiteres Beispiel dafür ist das Konzept der an Universitäten angesiedelten Max-Planck-Arbeitsgruppen. Aus den Erfahrungen mit den 27 Arbeitsgruppen an Universitäten im Osten entstand einige Jahre später der Ansatz, solche auch an Universitäten im Westen ins Leben zu rufen. Das Konzept aus den ersten Jahren der Wiedervereinigung diente als Blaupause für die Max-Planck–Arbeitsgruppen an Universitäten ab 2004.
- Ein drittes Beispiel ist das Berufungsgeschehen. Die Neugründung der Max-Planck-Institute in Ostdeutschland hatte die weltweite Aufmerksamkeit der *scientific community* auf sich gezogen und so die Anzahl von Kandidaten aus dem Ausland in bis dahin unbekanntem Ausmaß erzeugt. Man könnte auch sagen: Das Wachstum an neuen Max-Planck-Instituten war auf dem deutschen Wissenschaftsmarkt nicht zu befriedigen. An den Instituten im Osten resultierte mit fast sechzig Prozent auch ein zur damaligen Zeit höherer Anteil an Berufenen aus dem Ausland als bis dato an den Instituten im Westen. Und heute: Institute in den neuen Bundesländern werden von Wissenschaftlern aus dem Ausland dominiert. Wir sind stolz darauf, müssen aber immer wieder darauf achten, dass diese Wissenschaftler sich in unserem Land auch wohlfühlen. Dresden und die Pegida-Demos haben uns jüngst gezeigt, dass das keine Selbstverständlichkeit ist.

Damit einher ging auch ein Anstieg der Rückkehr international tätiger deutscher Wissenschaftler nach Deutschland. Offenbar

haben diese Entwicklung und die daraus entstandene internationale Vernetzung auch außerhalb der Max-Planck-Gesellschaft einen Eindruck hinterlassen. Die Alexander von Humboldt-Stiftung vergibt zusammen mit dem Bundesforschungsministerium seit 2008 den Wissenschaftspreis „Alexander von Humboldt-Professur“.

Auf diese Weise ist die Tendenz zur dauerhaften Verankerung von international renommierten Wissenschaftlern in Deutschland inzwischen auch im Universitätsbereich fest verankert. Die Berufung ausländischer Spitzenwissenschaftler wird so, finanziell mit erheblichen Mitteln vom Bundesforschungsministerium unterstützt, über die außeruniversitäre Grundlagenforschung hinaus in die deutsche Forschungslandschaft getragen.

Der unzweifelhaft vorhandene Reformbedarf im Wissenschaftssystem Westdeutschlands hat so durch die Wiedervereinigung einen höchst förderlichen Schub erfahren. Dieser Anreiz zum Überdenken und Neugestalten ist einer der wertvollsten Beiträge aus dem Vereinigungsprozess für das Gesamtsystem der deutschen Wissenschaftslandschaft – und darüber hinaus: für den Wohlstand des nun seit 25 Jahren wiedervereinigten Deutschlands.

Erweitern wir nun unseren Fokus ein weiteres Mal, diesmal auf Transformationsprozesse in der Wissenschaft nach dem Fall des Eisernen Vorhangs jenseits von Deutschland. Auch hier sind einige aufschlussreiche Beobachtungen möglich. Es wird deutlich, dass ein Neubeginn, wie er in Ostdeutschland mit der Auflösung der Akademie der Wissenschaften stattgefunden hat, strukturell durchaus vorteilhaft bewertet werden kann. In vielen Ländern Osteuropas hat es diesen Neubeginn bislang nicht gegeben – mit dramatischen Konsequenzen: Die massenhafte Abwanderung von Wissenschaftlern aus Osteuropa ist das genaue Gegenstück zu dem, was Ostdeutschland erlebt hat. Eine

Abwanderung, die letztlich auch die Wirtschaft und Europa insgesamt schwächt.

Der Prozess der raschen wissenschaftlichen Profilierung wäre ohne den dafür notwendigen finanziellen Kraftakt allerdings nicht möglich gewesen. So hat alleine die Max-Planck-Gesellschaft in der ersten Hälfte des Aufbaus Ost bis 1996 für die sieben geisteswissenschaftlichen Zentren, die Arbeitsgruppen an den Universitäten und den Anfang des Instituts-Aufbaus eine Summe von rund 370 Millionen Euro ausgegeben.

In der zweiten Hälfte bis 2002 wurden für die Institute in den neuen Bundesländern noch einmal rund 630 Millionen bereitgestellt - in Summe hat die Max-Planck-Gesellschaft damit eine Milliarde Euro in elf Jahren Aufbau Ost in die dortige Wissenschaftslandschaft investiert. Die mit dem Umbruch einhergehenden Einschnitte und Veränderungen waren schmerzlich. Heute betrachte ich die Wiedervereinigung im Bereich der Wissenschaften und insbesondere in der Grundlagenforschung als ein im weitesten Sinne gelungenes und erfolgreiches Unterfangen. Die Notwendigkeit weiterer Reformen bleibt davon allerdings unberührt. Wir sollten uns davor hüten, nach 25 Jahren großer Anstrengungen in unseren Bemühungen nachzulassen, den Forschungsstandort Deutschland wettbewerbsfähig zu halten.

Als Fazit scheint mir – gerade auch im Rückblick auf den Wiedervereinigungsprozess im Bereich der Wissenschaft - die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg in einem geeigneten wissenschaftspolitischen Ordnungsrahmen zu liegen. Nur wenn dieser Ordnungsrahmen Raum für das Beschreiten neuer Wege eröffnet, können diese Kräfte wirksam werden. Eine zu große Detailsteuerung greift nicht nur im Sinne wünschenswerter Begradigungen ein, sie betrifft immer auch das Funktionieren des Gesamtsystems. Finanzielle Steuerungsanreize oder gar Sanktionen verursachen im

Wissenschaftssystem oft ungewünschte Effekte: Statt sich auf wissenschaftliche Durchbrüche zu fokussieren, geht es dann schnell darum, bestimmte Berichtsergebnisse zu erreichen, etwa um Drittmittel- und andere Quoten, oder etwa um die Steigerung von Publikationsanzahl und Zitierungen.

Die Jahre nach der Wiedervereinigung haben gezeigt: Bei den Wechselwirkungen zwischen Politik und Wissenschaft geht es um ein empfindliches Gleichgewicht der Kräfte. Gewünschte Zielvorgaben auf der einen Seite und qualitätsorientierte Standards auf der anderen Seite können dabei miteinander in Konflikt kommen. Wir können in Deutschland froh sein, dass die Entfaltungsfreiheit und die Autonomie der Wissenschaft einen so hohen Stellenwert haben und letztlich auch im Grundgesetz geschützt sind. Nur auf dieser Basis der Autonomie war es der Max-Planck-Gesellschaft möglich, ein Ergebnis zu erreichen, auf das viele osteuropäische Länder mit Neid schauen: Aufbau höchster Exzellenz innerhalb weniger Jahrzehnte und Sicherstellung der Attraktivität für Wissenschaftler aus allen Ländern.